

„EU darf selbstbewusst sein“

POLITIK – Europa ist nicht so schwach, wie es zuweilen dargestellt wird, sagt EU-Kommissar Magnus Brunner im SWZ-Exklusivinterview und nennt Gründe. Ein Gespräch über die Folgen des Iran-Krieges, über ungute Abhängigkeiten, die verschärfte Migrationspolitik, **die ersehnte Entbürokratisierung und ein Was-wäre-wenn.**

Bozen – Magnus Brunner ist der amtierende EU-Kommissar für Migration und innere Angelegenheiten. Seine politische Karriere begann vor 25 Jahren in Vorarlberg. Unter anderem war er dort Büroleiter und Pressesprecher des Landeshauptmanns. 2009 entsandte ihn sein Bundesland erstmals in den österreichischen Bundesrat, dessen Mitglied Magnus Brunner bis 2020 war. Dann wurde er Staatssekretär in den Regierungen Kurz und Schallenberg, 2021 Finanzminister in der Regierung Nehammer und im November 2024 schließlich EU-Kommissar. Am 17. April kommt er zum Südtiroler Wirtschaftsforum nach Bozen. Die SWZ hat ihn vorab telefonisch in Brüssel erreicht.

SWZ: Herr EU-Kommissar, machen Sie sich wegen des Iran-Krieges und der explodierten Energiepreise Sorgen um Europas Wirtschaft?

Magnus Brunner: Der Konflikt wirkt sich notgedrungen auf die Wirtschaft aus, nicht nur auf die europäische. In Sachen Versorgungssicherheit bestehen derzeit keine nennenswerten Auswirkungen auf Europa, da sind Regionen wie China und Südkorea stärker betroffen, auch die USA. Aber die gestiegenen Energiepreise treffen uns alle unmittelbar und könnten zudem in den nächsten Monaten die Inflation befeuern. Auch die budgetäre Situa-

Wir werden manchmal etwas bürokratisch und langsam sein, aber wir sind zugleich stabil, verlässlich, vertrauenswürdig und demokratisch.

tion der Mitgliedsstaaten wird durch die Energiepreise belastet, weil die öffentliche Hand – so wie schon bei früheren Energiekrisen – helfend eingreifen muss. Schließlich sind da noch die Logistikkosten, die durch die Blockade der Straße von Hormus steigen. Die derzeitige Situation ist eine Herausforderung für die Wirtschaft.

Teilen Sie die Einschätzung, dass wir mit einem hellblauen Auge davonkommen, wenn der Krieg in ein paar Wochen vorbei ist, dass es aber schmerzhaft wird, wenn die Kampfhandlungen monatelang andauern? Ja, das sehe ich ähnlich. Je länger der Krieg dauert, desto größer sind die Auswirkungen wirtschaftlicher Natur – und desto größer werden auch die Gefahren in Themenfeldern wie Migration und Sicherheit.

Der Iran-Krieg führt uns vor Augen, wie abhängig wir nach wie vor von Erdöl und Erdgas sind, trotz Gerede über die Energiewende. Ist die Klimaneutralität bis 2050 wirklich realistisch?

Lassen Sie mich den Blickwinkel ändern: Die Energiewende ist gerade deswegen nötig, um Abhängigkeiten zu reduzieren. In diesen Wochen bekommen wir vor Augen geführt, dass wir unabhängiger werden müssen von Öl und Gas aus anderen Weltregionen. Bei



EU-Kommissar Magnus Brunner: „Mit einem pragmatischen Ansatz dafür sorgen, dass Populisten keinen fruchtbaren Boden erhalten.“

DER ANLASS

Die Bühnengäste des SWF26

EU-Kommissar Magnus Brunner ist einer von fünf Bühnengästen beim diesjährigen Südtiroler Wirtschaftsforum am Freitagnachmittag, 17. April, im Kongresszentrum der Messe Bozen. Weiters referieren Evelyn Palla, gebürtige Boznerin und seit 2025 Chefin der Deutschen Bahn, Daniel Krauss, Gründer des Fernreiseunternehmens Flix, Hans-Lothar Domröse, ehemaliger Nato-Befehlshaber und General, sowie Ulrike Tagscherer, Innovationschefin des Roboter- und Automatisie-

rungsspezialisten Kuka mit 15.000 Mitarbeitenden.

In der Start-up-Arena präsentieren sich parallel ausgewählte Start-ups.

INFO Anmeldungen und Programminformationen unter www.wirtschaftsforum.it. SWZ-Leser:innen erhalten bei Angabe des Vorteilscodes „swz*26“ zehn Prozent Rabatt auf den regulären Ticketpreis von 355 Euro + MwSt.

aller Notwendigkeit der Energiewende müssen wir sie aber pragmatisch denken, um auf geopolitische Herausforderungen reagieren zu können.

Sie haben es gesagt: Kaum steigen die Energiepreise, fühlt sich die Politik verpflichtet, lindernd einzugreifen. Finden Sie nicht, das ist inkonsequent, wo die EU doch ohnehin eine Verteuerung klimaschädlicher Energie anpeilt?

Günstige Energie ist wichtig, auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Und deswegen brauchen wir die Energiewende, um unabhängiger von Öl und Gas zu werden und die benötigte Energie selbst zu produzieren. Das macht uns weniger anfällig für solche Preisschocks. Solange die starken Abhängigkeiten bestehen, kann ich aber verstehen, wenn die Politik helfend eingreift. Kurzfristig muss geholfen werden, langfristig müssen wir un-

abhängiger werden. Das gilt nicht nur in der Energiefrage.

Sondern?

Wir müssen uns überall breiter aufstellen. Zum Beispiel haben wir uns in der Vergangenheit bei Verteidigung und Sicherheit wohl zu stark auf die USA verlassen, bei der Energie zu stark auf Russland. Vor diesem Hintergrund sind auch die neuen Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Ländern sowie mit Indien und Australien zu sehen.

Mehr als 25 Jahre lang wurde um das Mercosur-Abkommen gefeilscht, und ausgerechnet jetzt gelang die Unterzeichnung, wo die USA ihren Charakter als Wirtschaftspartner auf Augenhöhe zunehmend verlieren. Zufall oder Botschaft an Donald Trump?

Ich sehe das als keinen Zufall. Die aktuelle Situation hat die Verhandlung-

gen sicher beschleunigt. Sie hat uns und auch den anderen geholfen, zu erkennen, dass man sich von einseitigen Abhängigkeiten lösen muss. Die Freihandelsabkommen machen auch deutlich, dass Europa ein gern gesehener Partner ist. Andere Weltregionen wollen näher an uns heranrücken.

An die schwerfällige, verbürokratisierte EU?

Wir werden manchmal etwas bürokratisch und langsam sein, aber wir sind zugleich stabil, verlässlich, vertrauenswürdig und demokratisch. Das sind Stärken. Wir brauchen uns nicht

Wir wollen die Kontrolle darüber zurückgewinnen, wer nach Europa kommt.

zu verstecken, wobei ich nicht leugnen will, dass wir noch viele Hausaufgaben zu erledigen haben, von der Entbürokratisierung über die Stärkung des Binnenmarktes bis hin zur Vollendung des Kapitalmarktes.

Geopolitische Analysen enden derzeit meistens mit dem Ergebnis, dass die USA und China um Macht und Einfluss kämpfen, während Europa zu schwach ist, um eine Rolle zu spielen.

Ich bin da optimistischer. Gerade die jüngsten Handelsabkommen zeigen, dass wir als Partner gefragt sind. Zudem gibt es Beitrittsbemühungen etwa durch Island und den Westbalkan, auch das Vereinigte Königreich will wieder näher mit der EU zusammenarbeiten. Die EU darf selbstbewusst sein. Sie ist eine der verlässlichsten, reichsten und demokratischsten Regionen der Welt. Sie ist ein großer Wirtschaftsraum und hat die besten Sozial- und Gesundheitssysteme der Welt. Vielleicht helfen die aktuellen Herausforderungen, dass wir unsere Hausaufgaben schneller angehen.

Apropos Hausaufgaben: Starke Nationalstaaten, unterschiedliche Sprachen, unterschiedliche Steuer- und Rechtssysteme sorgen für EU-interne Handelshemmnisse. Können daraus je die Vereinigten Staaten von Europa werden?

Ich sehe die Vielfalt als Stärke. Es mag wohl stimmen, dass die 27 Mitgliedsstaaten mit ihren unterschiedlichen Sprachen und Kulturen unterschiedliche Herausforderungen und Zugänge haben und dass das die Sache kompliziert macht. Ich habe das auch bei der Migrationsreform verspürt: Italien hat andere Herausforderungen als Deutschland. Das unter einen Hut zu bringen und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, ist komplex. Aber bei allen Schwierigkeiten ist die EU doch eine Erfolgsgeschichte. Da ist es nicht zwingend notwendig, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa werden müssen.

Sondern?

In manchen Bereichen ist ein Sprung über die nationalstaatlichen Schatten notwendig. Themen wie Sicherheit und Migration können auf europäischer Ebene gemeinsam besser gelöst werden. Andere Themen sind bei den Nationalstaaten besser aufgehoben, weil sie die Situation vor Ort kennen.

Sie sind in der EU-Kommission unter anderem für die Migration zuständig. Europa hat seine Asyl- und Migrationspolitik mittlerweile ja verschärft. War die „Wir schaffen das“-Maxime von 2015 rückblickend eine Selbstüberschätzung?

Vor zehn Jahren hat Europa enorm viel Verantwortung übernommen. Das Problem war, dass wir keine Regeln hatten. Das wollen wir mit der Migrationswende ändern. Wir wollen die Kontrolle darüber zurückgewinnen, wer nach Europa kommt. Im Rückspiegel der Geschichte ist man immer gescheitert, aber ja, rückwirkend betrachtet wurden damals wohl Fehler gemacht. Jetzt sind wir wesentlich besser vorbereitet, auch weil die Mitgliedsstaaten erkannt haben, dass diese Reform nur gemeinsam umgesetzt werden kann. Bis Juni müssen die Mitgliedsstaaten den Pakt umgesetzt haben. Enthalten ist auch ein neues Ein- und Ausreisensystem, welches das modernste IT-Grenzmanagementsystem der Welt ist.

Wie meinen Sie das?

Nicht-EU Bürger werden registriert, wenn sie zum ersten Mal in den Schengen-Raum einreisen, und genauso, wenn sie wieder ausreisen. Da sind wir besser als die USA, die haben nur ein Einreisensystem. In den ersten paar Monaten hatten wir bereits 45 Millionen Registrierungen, davon 24.000 Zurückweisungen und davon wiederum rund 600 Personen, die ein Sicherheitsrisiko für die EU dargestellt hätten.

Was sagen Sie jenen, die von einer Entmenschlichung im europäischen Asylrecht sprechen?

Dass die Menschenrechte beachtet werden müssen, steht außer Diskussion. Aber wir müssen zwischen drei Themen unterscheiden: Erstens müssen wir die illegale Migration eindämmen, um das Geschäft der Menschenhändler zu durchbrechen und damit Leben zu retten. Erst dann werden wir zweitens in der Bevölkerung ein Verständnis für die legale Migration erhalten, die wir für den Arbeitsmarkt brauchen. Und drittens fühlen wir uns verantwortlich für den Schutz von Menschen, die in ihrer Heimat in Gefahr sind. Wir wollen ein System, das entschlossen ist und zugleich fair.

In einer breiten Wählerschicht haben sich die Vorbehalte gegen alles Fremde festgesetzt. Glauben Sie, dass es den starken Rechtsdrift im Wahlverhalten quer durch Europa gar nicht gegeben hätte, wenn Europa vor zehn Jahren restriktiver in der Einwanderungspolitik gewesen wäre?

Was gewesen wäre, wenn, lässt sich im Rückspiegel der Geschichte nicht beurteilen. Es geht hier nicht um links oder rechts – wir müssen den Menschen Lösungen anbieten. Es sind in den vergangenen zehn Jahren Sorgen und Ängste entstanden, und unsere Reform will nicht polarisieren oder Populismus betreiben, sondern ganz im Gegenteil mit einem pragmatischen Ansatz dafür sorgen, dass Populisten keinen fruchtbaren Boden erhalten.

Eine letzte Frage: Die Unternehmen flehen um Entbürokratisierung, und tatsächlich hat die EU-Kommission eine solche versprochen. Wann werden wir etwas davon spüren?

Das ist ein extrem wichtiges Thema, mit dem wir – zu Recht – jeden Tag konfrontiert werden. Wir haben bereits einige Vereinfachungspakete auf den Tisch gelegt, aber es muss noch mehr passieren – auf europäischer Ebene, aber auch auf der Ebene der Mitgliedsstaaten. Ich habe vollstes Verständnis für die Klagen. Wir brauchen weniger Bürokratie.

Interview: Christian Pfeifer